

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben- vom Teilen wird der Kuchen nicht größer

Presseaussendung des SPAK Tirol zur Aktion im Gemeinderat am 25.10.2022

Die Gemeinderatsfraktionen von Für Innsbruck, ÖVP und FPÖ wollten heute, am 25.10.22, mittels Beschlusses im Innsbrucker Gemeinderat die Einrichtung einer zweiten Vergabeliste für städtische Wohnungen in Innsbruck durchsetzen. Der Sozialpolitische Arbeitskreis Tirol (SPAK) hatte das Vorhaben bereits im Vorfeld scharf kritisiert, da es zu massiven sozialen Verwerfungen führen würde. Auch Prof. Karl Weber hatte im Auftrag des SPAK eine rechtspolitische Einschätzung zum Entwurf abgegeben, und gleichheitsrechtliche Bedenklichkeit des Vorschlages sowie eine „Lose-Lose-Situation“ für alle Beteiligten attestiert.

Daher trugen Vertreter:innen des SPAK heute den Protest in den Gemeinderat. Als das Thema diskutiert wurde, wurden verschiedene Schilder mit Aufschriften wie „Der Kuchen wird nicht größer, wenn mehr Leute am Tisch sitzen“, „Leistbares Wohnen geht anders“ oder „Zweite Vergabeliste - Sozial treffsicher abgeschossen?“ hochgehalten, um darauf hinzuweisen, dass eine zweite Vergabeliste eine existenzielle Bedrohung für tausende Menschen in Innsbruck bedeuten würde.

Auf Grund der Komplexität und Vielschichtigkeit entschieden sich die Fraktionen der FI, FPÖ und ÖVP, das Thema zur weiteren Diskussion an den Stadtsenat zu verweisen, bevor es entschieden werden könne. „Eine Zuweisung an den Stadtsenat ist ein begrüßenswerter erster Schritt, um soziale Härten zu verhindern“, so Jakob Schnizer, Vertreter des Vereins z6 im SPAK, „aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Sollte das Projekt einer zweiten Vergabeliste weiterverfolgt werden, werden die Leute bei der gegenwärtigen Vergabesituation wahrscheinlich 6-8 Jahre auf eine Stadtwohnung warten. Das ist für viele der Menschen, die wir tagtäglich unterstützen, nicht zumutbar.“ Schnizer dazu: „Das Verharren in überbelegten, zu kleinen oder gesundheitsgefährdenden Wohnungen, wie auch Wohnungslosigkeit verursachen zum Ersten Leid bei den Betroffenen, zum Zweiten bedingen sie langfristig hohe soziale und volkswirtschaftliche Folgekosten. Das sollten die politisch Verantwortlichen mitbedenken, bevor sie ein Projekt wie die zweite Vergabeliste umsetzen.“

Unbestritten ist Wohnraum in Innsbruck mittlerweile so teuer, dass auch die höheren Einkommensschichten darunter leiden. Doch hier muss an anderen Schrauben gedreht werden, die das Angebot an leistbarem Wohnraum vergrößern und Druck aus dem überhitzten Immobilienmarkt nehmen. Die zweite Vergabeliste erhöht diesen Druck nur, und ist daher weiterhin abzulehnen. „Wir bringen unsere langjährige Expertise gerne ein. Wir vom Sozialpolitischen Arbeitskreis Tirol werden in den nächsten Wochen auf die Verantwortlichen zugehen, um das Thema aus unserer Sicht zu erläutern“, so Schnizer abschließend, „es kann nicht sein, dass hier vorschnelle Entscheidungen auf Kosten Vieler getroffen werden.“

Rückfragen unter 0699/12128155